

# Europapolitik im Blick: Vergleich der Parteipositionen



## Zukunft der Beziehungen Schweiz-Europäische Union

Um aus der europapolitischen Sackgasse herauszufinden, braucht die Schweiz eine ambitionierte Europastrategie. Dazu gehört ein sofortiger Verhandlungsbeginn zur Klärung der institutionellen Fragen. Mit der Europa-Initiative wollen die Grünen zudem ein Bekenntnis der Schweiz zur europäischen Integration und zur europäischen Zusammenarbeit in der Verfassung verankern. Denn die Schweiz ist Teil des europäischen Projekts und soll sich als verlässliche Partnerin in die europäische Gemeinschaft einbringen. Mittelfristig steht dafür auch der EU-Beitritt weiterhin im Raum.

Die Verhandlungen mit der Europäischen Union müssen dringend wieder aufgenommen werden. Kurzfristig soll ein Stabilitätsabkommen verhandelt werden, welches die Teilnahme an den Kooperationsabkommen und einen Ausbau der schweizerischen Kohäsionsleistung regelt. Mittelfristig ist ein Assoziierungsabkommen, das den Binnenmarktzugang und die damit verbundenen institutionellen Fragen sichert, nötig. Ein gut ausgehandelter EU-Beitritt bleibt langfristig die beste Option.

Die Schweiz soll den bilateralen Weg weiterführen und an der Personenfreizügigkeit festhalten. Ein EU-Beitritt oder der Alleingang wird ausgeschlossen.

Die Grünliberalen sehen Europa als Chance und sind überzeugt: Eine enge und gute Zusammenarbeit mit der Europäischen Union liegt im ureigenen Interesse der Schweiz. Die Beziehungen mit der EU müssen konsequent weiterentwickelt werden. Die Grünliberalen fordern deshalb eine Neuauflage des Rahmenabkommens oder den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), um den politischen Interessen und Besonderheiten der Schweiz Rechnung zu tragen.

Die Schweiz soll sich für eine gute Beziehung zur Europäischen Union auf Augenhöhe einsetzen, damit die seit über zwei Jahrzehnten bewährte Form der Zusammenarbeit in die Zukunft geführt werden kann. Die bilateralen Beziehungen sollen sektoriell weiterentwickelt und mögliche soziale Herausforderungen aufgefangen werden.

Der bilaterale Weg ermöglicht der Schweiz eine massgeschneiderte Zusammenarbeit und muss deshalb gesichert und weiterentwickelt werden. Ein neues bilaterales Verhandlungspaket (Bilaterale III) soll den Verhandlungsspielraum erweitern und die politische Eigenständigkeit der Schweiz gebührend wahren.

Die Schweiz soll unabhängig von der Europäischen Union bleiben, denn gerade diese selbstbestimmte Unabhängigkeit und Freiheit ist zentraler Eckpfeiler ihres Wohlstands.

## Bildung & Forschung

Die europäische Vernetzung ist für Bildung, Forschung und Kultur entscheidend. Dank der Klärung der institutionellen Fragen soll die Schweiz darum wieder vollständig an den Europäischen Kooperationsprogrammen «Horizon Europe», «Erasmus+» und «Creative Europe» teilnehmen.

Die Teilhabe der Schweiz an den Kooperationsprogrammen der Europäischen Union («Horizon Europe», «Erasmus+», etc.) muss sichergestellt werden.

Für die Schweiz ist eine Teilhabe an den Kooperationsprogrammen der EU («Horizon Europe», «Erasmus+», etc.) essentiell. Entsprechende Verhandlungen müssen mit Nachdruck geführt werden.

Damit man in der Schweiz weiterhin Spitzenforschung betreiben und Innovation schaffen kann, ist der uneingeschränkte Zugang zu den europäischen Forschungs- und Bildungsprogrammen wie «Erasmus+» und «Horizon Europe» zentral.

Für Die Mitte ist die Vollasoziiierung der Schweiz an die europäischen Forschungsprogramme ein wichtiges Ziel. Die Schweizer Hochschulen bieten Forschung von höchster Qualität. Ihre Abseitsstellung schadet nicht nur der Schweiz, sondern dem gesamten Forschungsstandort Europa.

Die Attraktivität des Forschungsplatzes Schweiz leidet unter der Nicht-Assoziierung an «Horizon Europe». Gute Rahmenbedingungen sorgen für nachhaltige und wiederkehrende Investitionen in Forschung, Entwicklung und Produktion in der Schweiz und fördern damit Innovationen.

Keine Angaben

## Energie

Die Schweiz muss in der Energiepolitik europäisch denken und planen. Strom und andere Energieträger können nicht nur national, sondern müssen strategisch zumindest europaweit geplant werden. Die Schweiz soll sich u.a. am Wiederaufbau der europäischen Solarindustrie beteiligen.

Die Schweiz braucht ein neues sektorielles Marktzugangsabkommen im Bereich Strom.

Eine komplett autarke Energieversorgung der Schweiz ist unrealistisch und ineffizient. Für eine erneuerbare Energiezukunft muss Europa geeint vorangehen und alle Länder einbinden. Dies muss von der Schweiz mit aller Kraft angestrebt werden.

Für eine sichere Stromversorgung ist der Zugang zum europäischen Energiemarkt zentral. Die Grünliberalen stehen für die Integration der Schweiz in den europäischen Energiemarkt und den raschen Abschluss eines Stromabkommens mit der Europäischen Union ein.

Die Schweiz soll ein Stromabkommen mit der Europäischen Union anstreben. Dies ist für die Netzstabilität und die langfristige Versorgungssicherheit unerlässlich. Nach Möglichkeit soll jedoch eine Strommarktliberalisierung in der Schweiz vermieden werden.

Die Schweiz braucht ein Stromabkommen, um die Versorgungssicherheit im Land zu gewährleisten und weiterhin am wichtigen Stromhandel zu partizipieren.

Keine Angaben

## Sicherheit

Die Schweiz soll in der Friedens- und Demokratieförderung eng mit der Europäischen Union zusammenarbeiten (z. B. im Rahmen der Pläne für den Wiederaufbau der Ukraine, der Sanktionen gegenüber Russland sowie der Europäischen Demokratiefonds). Anhaltender Frieden in Europa erfordert eine politische, kulturelle und wirtschaftliche Integration der europäischen Staaten. Das Fundament dafür bilden die dazu geschaffenen Institutionen wie die EU, der Europarat oder der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Dieses Fundament muss gestärkt werden.

Die Schweiz soll enger mit der Europäischen Union zusammenarbeiten, verhängt in Koordination mit der EU gezielte Sanktionen, bleibt aber sicherheitspolitisch bündnisfrei. Im Gegenzug für die äussere Sicherung durch NATO und EU, baut sie ihr Engagement für Friedensförderung aus.

Die Schweiz unterstützt friedenserhaltende Aktionen, die von der Volkergemeinschaft getragen werden (NATO-Partnership for Peace, UNO-Beobachter) und verzichtet auf die Teilnahme an Kampfhandlungen und einen Beitritt zu Verteidigungsbündnissen (NATO, etc.). Die Zusammenarbeit von Armee und Bevölkerungsschutz mit den Nachbarländern soll intensiviert werden.

Die Schweiz soll sich für Förderung von Frieden und internationaler Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus einsetzen. Sie soll im Sicherheitsbereich enger mit der Europäischen Union und der NATO zusammenarbeiten. Die Interoperabilität der Schweizer Armee mit den Truppen der NATO und der EU muss gewährleistet sein. Die Mitwirkung an der europäischen Sicherheitsarchitektur ist auch im Sicherheitsinteresse der Schweiz. Die Schweiz bleibt jedoch bündnisfrei.

Die Sicherheit und die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz sollen durch eine engere internationale Kooperation mit der NATO und der Europäischen Union im militärischen Bereich, aber auch im Bereich des Bevölkerungsschutzes gestärkt werden. Mit einer eigenen robusten Armee leistet die Schweiz einen solidarischen Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa, ohne einem militärischen Bündnis beizutreten. Bei eklatanten Verletzungen des Völkerrechts soll die Schweiz zudem im Verbund mit befreundeten Staaten Sanktionen ergreifen.

Sicherheit ist eine der Grundvoraussetzungen für Freiheit und für einen prosperierenden Lebens- und Wirtschaftsraum. Die Igel-Mentalität, wonach sich die Schweiz autonom schützen kann, ist überholt und realitätsfremd. Die Schweiz muss enger mit der NATO kooperieren. Dabei ist der Spielraum der Neutralität zu nutzen. Der rechtliche Kern muss aber erhalten bleiben. Das europäische Kooperationsprojekt PESCO bietet interessante Beteiligungsmöglichkeiten, u.a. in den Bereichen Forschung und Rüstungsindustrie.

Die Schweiz bekennt sich zur integralen, immerwährenden und bewaffneten Neutralität und lehnt jegliche militärischen Verpflichtungen gegenüber anderen Ländern und internationalen Institutionen, wie z.B. der NATO, ab.

## Arbeitsmarkt

Die negativen Auswirkungen der Globalisierung wie Lohndumping und Schwarzarbeit sollen gemeinsam bekämpft werden – indem an den flankierenden Massnahmen und am europäischen Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» festgehalten wird. Mit der Europa-Initiative sollen diese Prinzipien auch in der Verfassung verankert werden.

Die Frage des Lohnschutzes und dessen Durchsetzung soll möglichst in der Zuständigkeit der Innenpolitik liegen, in Abstimmung mit den anderen europäischen Staaten und der EU-Kommission.

Der bilaterale Weg soll weitergeführt werden und dazu mit der Europäischen Union eine Einwanderungsregelung ausgehandelt, welche negative Auswirkungen auf den Wohn- und Arbeitsmarkt möglichst vermeidet. Die Schweiz verzichtet auf eine automatische Übernahme von EU-Recht sowie rückwirkende Übernahme und Anwendung von EU-Recht auf die bestehenden Verträge.

Die Grünliberalen stehen zum Schweizer Lohnschutz und sind überzeugt, dass der Lohnschutz auch unter den im Rahmenabkommen definierten Eckwerten sichergestellt ist. In der Europäischen Union gilt explizit «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort». Die Lohnschutzfragen stellen sich auch für Deutschland oder Österreich und eine engere Zusammenarbeit bringt für den Lohnschutz in der Schweiz Vorteile. Die Lohnschutzbedürfnisse in der Schweiz und der EU haben sich in den letzten Jahren angenähert.

Die Schweiz erarbeitet griffige Massnahmen gegen Lohndumping und Schwarzarbeit und gewährleistet so sichere Arbeitsbedingungen. Sie folgt dem Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» damit die Lohngerechtigkeit zwischen Mann und Frau endlich garantiert wird.

Die Schweiz profitiert von der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union. Die flankierenden Massnahmen schützen vor Lohndumping und Schwarzarbeit.

Die Schweiz verfolgt eine liberale, weltweite Handelspolitik, welche nicht einseitig auf die Europäische Union ausgerichtet ist. Regulierungen, neue Gesetze, Vorschriften und Verbote sowie die automatische Übernahme von EU-Recht, sind abzulehnen.

## Marktzugang

Der Binnenmarktzugang und die Personenfreizügigkeit müssen gesichert und gleichzeitig die Zusammenarbeit in anderen Bereichen ausgeweitet werden, z.B. in der Klima- und in der Digitalpolitik. Es braucht mehr als nur Freihandel.

Die Schweiz braucht den hindernisfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt.

Für Schweizer Unternehmen ist der Binnenmarktzugang sowie der Zugang zu Fachkräften von grosser Bedeutung. Dies muss gesichert werden.

Nur mit einem vollen Zugang zum europäischen Markt wird die Schweizer Wirtschaft, insbesondere die KMU, auch in Zukunft Erfolg haben. Der Marktzugang ist für die Standortattraktivität der Schweiz zentral. Güter und Dienstleistungen sollen innerhalb von Europa ohne Hürden bewegt und gehandelt werden können.

Der hindernisfreie Zugang zum EU-Binnenmarkt ist für die Schweiz als Exportnation von grosser Bedeutung. Besonders hervorzuheben sind die Äquivalenzanerkennungen, die von der EU-Kommission teilweise als Verhandlungspfad zurückgehalten werden. Die Schweiz muss sich dafür einsetzen, dass diese möglichst rasch erteilt werden.

Ein diskriminierungsfreier Zugang zum Binnenmarkt ist essentiell. Im Rahmen eines neuen Verhandlungspaketes (Bilaterale III) sind weitere Abkommen anzustreben, soweit diese im Interesse der Schweiz liegen.

Keine Angaben

## Klima & Umwelt

Die Schweiz war lange Pionierin in Sachen Nachhaltigkeit. Heute gibt die Europäische Union den Takt vor. Die Schweiz soll darum auch in der Klima- und Umweltpolitik enger mit der EU zusammenarbeiten. Sie soll sich u.a. am europäischen Green Deal und am Wiederaufbau der europäischen Solarindustrie beteiligen.

Die Klimapolitik der Europäischen Union ist fortschrittlicher als diejenige der Schweiz: Gegenüber globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel muss die Schweiz mit der EU arbeiten. Ein Alleingang wäre zwar selbstbestimmt, jedoch ohne jeden Einfluss und deshalb alles andere als souverän.

Leider ist die Europäische Union der Schweiz in Fragen des Klimaschutzes mittlerweile weit voraus. Eine enge Zusammenarbeit in diesem globalen Thema hilft letztlich aber der Schweiz wie auch der EU.

Die Grünliberalen engagieren sich für eine Stärkung und Harmonisierung der europäischen Klimapolitik. Auch stehen sie für Zusammenarbeit zur Wahrung der Biodiversität und zur Weiterentwicklung gemeinsamer Umwelt- und Tierschutzstandards.

Die Mitte erachtet es als unerlässlich, dass die Schweiz ihre Verantwortung in den Bereichen Umwelt und Klima wahrnimmt. Die jüngsten Regelungen der Europäischen Union, insbesondere im Hinblick auf den «Green Deal», können als Inspiration dienen. Es gilt nun, diese Regelungen dort, wo es sinnvoll erscheint, sorgfältig zu prüfen.

Die Schweiz sollte dort mit der Europäischen Union zusammenarbeiten, wo ein gemeinsames Interesse besteht. Der Klimawandel oder Naturschutzprojekte machen nicht an den Landesgrenzen halt – eine Zusammenarbeit ist sinnvoll. Auch die Energiesicherheit ist ein zentrales gemeinsames Anliegen. Die EU und die Schweiz sollen ein Stromabkommen abschliessen.

Keine Angaben

## Digitalisierung

Für die Regulierung der grossen Technologie-Konzernen ist die Europäische Union die verlässlichste Akteurin, um die globalisierte (digitale) Wirtschaft in finanziell, ökologisch und sozial nachhaltige Bahnen zu lenken. Um das Ziel einer Digitalisierung zum Wohle der Menschen zu erreichen, muss die Schweiz mit der EU und ihren Nachbarstaaten zusammenarbeiten.

Die Regulierung von «Big Tech» kann nur auf europäischer Ebene gelingen. Mit dem «Digital Markets Act» ist in der Europäischen Union eine rechtliche Grundlage für die effektive Regulierung der grössten Internetkonzerne geplant. Will die Schweiz in diesem zentralen Thema nicht den Anschluss verlieren, muss sie Teil einer europäischen Lösung sein.

Die aktuelle Diskussion zeigt es auf: Artificial Intelligence muss reguliert werden. Ein kleines Land wie die Schweiz kann das nicht alleine tun, sondern muss es im Verbund mit Europa anpacken. Die Europäische Union ist ohnehin vorbildlichste Partnerin bei der Regulierung von Google, Meta und Co. was ein Zusammengehen sinnvoll macht.

Es braucht einen digitalen Binnenmarkt: Harmonisierte und klare Datenschutzregeln, Abschaffung von Roaming-Gebühren und ungerechtfertigtem Geoblocking, Verteidigung der Netzneutralität.

Der technologische Wandel schreitet rasch voran. Die Schweiz muss auf internationaler Ebene auf die Regulierung von Risikotechnologien hinwirken. Die Wertepartner aus der Europäischen Union sind dabei die natürlichen Verbündeten.

Die Digitalisierung und die neuen Technologien verändern unsere Wirtschaft und Gesellschaft in rasantem Tempo. Die Schweiz soll in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union die Chancen der Digitalisierung mutig und offen nutzen und damit ihren Wirtschaftsstandort stärken. Dazu braucht es eine leistungsfähige Infrastruktur sowie optimale und koordinierte Rahmenbedingungen für die Unternehmen.

Keine Angaben